

Ausgabe 74

Sept. 2008

# FRIEDENS BLÄTTER

Einzelpreis

1 EURO

für die Friedensbewegung in Baden-Württemberg

Egon Bahr schlägt die Hände über dem Kopf zusammen, Hans Dietrich Genscher verliert sein Gesicht, Peter Scholl-Latour ist sprachlos, Erhard Eppler flucht leise vor sich hin. Gabriele Krone-Schmalz lächelt nicht mehr. In diesem Tagen und Wochen ist vielen Menschen nicht nur das Lächeln, sondern auch das Lachen vergangen. Die aggressive Politik der Nato, die Einkreisung Russlands, die Ausweitung der Militärpräsenz – all das trägt jetzt bittere Früchte.



Die weisen alten Männer wissen es und sind doch nur Zaungäste. Ihre Sorgen, ihren Rat will niemand hören. Die Fraktionen der Raketenstationierer am Kap Horn und am Hindukusch spielen mit dem Feuer. Pfeifen wir sie zurück, ganz schnell, ganz laut, kompromisslos.

**Auf die Straße!**

Peter Grohmann ist Koordinator des Bürgerprojekts AnStifter



# Inhalt Editorial

## Afghanistan

**Zentraler Aufruf der Friedensbewegungen**  
Afghanistan Demo Stuttgart/Berlin  
Seite 3

### Interview

**Karin Binder, MdB Die Linke.**  
Thomas Mitsch  
Seite 4

### Stellungnahme

**Um Stimmen betteln!**  
Jochen Findeisen, attac Nürtingen  
Seite 4

**ATTAC Deutschland**  
Dem Frieden eine Chance.  
Truppen raus aus Afghanistan  
Seite 5

## Natogipfel 2009

**Gemeinsame Erklärung**  
Le Mouvement de la pax und  
Bundesausschuss Friedensratschlag  
Seite 6

**Was will die NATO in Afghanistan  
und in Georgien?**  
Lühr Henken  
Seite 7

## Magazin

**Soldaten in Beijing 2008**  
German-Foreign-Policy.com  
Seite 10

## Termine

Europäisches Sozialforum 2008  
Malmö, Schweden  
Nato Vorbereitungskonferenz  
Jubiläum 60 Jahr Nato  
Seite 11

**Impressum**  
Seite 12

## Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

ob als Sportler bei der Olympiade in Peking, als verfassungswidrige Amtsgehilfen im Innern, z.B. beim G8 Gipfel in Heiligendamm und der Münchener Sicherheitskonferenz oder als Rekrutierungsgehilfen für die Arbeitsämter und als verfassungswidrige Verteidiger unserer Grenzen am Hindukusch sowie als weltweite Entwicklungshelfer, überall werden inzwischen deutsche Soldaten eingesetzt. Eine Vermischung ziviler und militärischer Aufgaben Ein schleichender Prozess der Militarisierung. Der 28. Soldat ist inzwischen im Sarg aus Afghanistan nach Hause gekommen. Deutsche Soldaten haben erstmals Zivilisten getötet - eine Frau und zwei Kinder. Und während Verteidigungsminister den Einsatz am Hindukusch bei einer Trauerfeier für den jetzt verstorbenen Soldaten verteidigt, töteten Nato-Truppen erneut mehrere Zivilisten – darunter vermutlich fünf Kinder. Es reicht! Wir gehen auf die Straße! Wir sehen uns zur Großdemonstration unter dem Motto Dem Frieden eine Chance! Truppen raus aus Afghanistan! Nein zur Verlängerung der Mandate für den Bundeswehreinsatz in Afghanistan!, am 20. September in Stuttgart!



Ich bedanke mich bei allen Autoren/innen und Gruppierungen für ihre Beiträge sowie beim dem Künstler TiTom für das Cartoon auf dem Titelblatt.

Mit lieben Friedensgrüßen  
Thomas Mitsch

## FRIEDENSBLÄTTER! Wer abonniert ist informiert!

- Ich abonniere für 14 Euro im Jahr (jederzeit kündbar)
- Ich werde Fördermitglied im baden-württembergischen Förderverein Frieden e.V. Das bringt nicht nur die Friedensblätter ins Haus, sondern auch eine steuerlich absetzbare Spendenquittung.  
Mein Jahresbeitrag: \_\_\_\_\_ € mindestens 30 EUR)

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

- ich überweise selbständig auf das Konto des Förderverein Frieden Nr. 196374704 bei der Postbank Stuttgart (60010070)
- ich zahle per Einzug     jährlich (Abo)     halbjährlich     vierteljährlich

Bank: \_\_\_\_\_

Bankleitzahl: \_\_\_\_\_

Kontonummer: \_\_\_\_\_

Bitte Einsenden an: Friedensbüro Bad.-Württ.,  
Spreuergasse. 45, 70372 Stuttgart  
Fax: 0711-600718, Email: buero@friedensnetz.de

Unterschrift \_\_\_\_\_



## Zentraler Aufruf zur Demonstration am 20.09.2008

in Berlin und Stuttgart

### Dem Frieden eine Chance, Truppen raus aus Afghanistan Nein zur Verlängerung der Mandate für den Bundeswehreinsatz in Afghanistan

Mit dem sieben Jahre andauernden Krieg in Afghanistan wurde keines der vorgeblichen Ziele erreicht. Im Gegenteil: Gewalt, Terror und Drogenhandel prägen den Alltag. In den meisten Regionen Afghanistans herrschen Warlords und Drogenbarone. Die Bevölkerung lebt in ständiger Angst und unter unwürdigen sozialen Bedingungen. Menschenrechte werden weiterhin mit Füßen getreten. Die Alphabetisierungsrate ist seit dem Einmarsch gesunken. Täglich sterben in Afghanistan 600 Kinder unter fünf Jahren. Alle 29 Minuten stirbt eine Frau bei der Geburt ihres Kindes. Die durchschnittliche Lebenserwartung ging zurück.

Nein zu Verlängerung der Mandate für den Bundeswehreinsatz in Afghanistan  
[www.afghanistandemo.de](http://www.afghanistandemo.de)



20.9.2008  
**DEMONSTRATION**  
BERLIN STUTT GART

Für uns ist Deutschlands Beteiligung an diesem grausamen Krieg nicht akzeptabel. Die Besatzung, die gegenwärtige massive Kriegführung sowie die vorgesehene Verstärkung der US-Armee und der Bundeswehr drohen den Krieg zu verlängern und das Land weiter zu destabilisieren. Deutschland würde noch enger in die Kriegführungsstrategie der NATO und damit der USA verstrickt. Diese zielt ab auf die Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens und Zentralasiens zur Durchsetzung machtpolitischer und wirtschaftlicher Interessen.

Obwohl die Bundesregierung die zivile Aufbauhilfe zu ihrem Schwerpunkt für Afghanistan erklärt hat, wird für den Krieg ein Vielfaches der Mittel ausgegeben, die für den zivilen Wiederaufbau zur Verfügung gestellt werden. Der Verdacht liegt nahe, dass die „zivile“ Komponente des Bundeswehreinsatzes zur Rechtfertigung des Krieges instrumentalisiert wird.

Wiederaufbau, Demokratie und eine soziale Entwicklung können erst gelingen, wenn der Krieg beendet und die fremden Truppen abgezogen sind. Die frei werdenden Mittel müssen für humanitäre Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen genutzt werden.

Wir fordern von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, keiner Verlängerung oder Erweiterung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan zuzustimmen. Hören Sie auf den Friedenswillen der Bürgerinnen und Bürger weiter zu missachten!

Wir unterstützen alle Soldatinnen und Soldaten, die von ihrem Grundrecht auf Verweigerung des Kriegseinsatzes Gebrauch machen.

Der Abzug der Bundeswehr würde die USA und andere Kriegsparteien unter Druck setzen, ihre Truppen ebenfalls abzuziehen. Dadurch erhielte der Frieden eine echte Chance.

Wir wollen Frieden für Afghanistan. Dafür rufen wir in den nächsten Wochen und Monaten zu vielfältigen örtlichen und regionalen Aktionen auf: Zu Demonstrationen, Mahnwachen, Diskussionsrunden, Informationsveranstaltungen, Gesprächen mit Abgeordneten, Flugblattaktionen und Zeitungsanzeigen. Für den 20. September 2008 rufen wir zur bundesweiten Demonstration nach Berlin und Stuttgart auf.

Mit einer sogenannten „Antiislamisierungskonferenz“ in Köln versuchen Rassisten und Neofaschisten vom 19.-21. September Menschen muslimischen Glaubens zu kriminalisieren, zu diffamieren und auszugrenzen. Die Friedensbewegung begrüßt die geplanten Proteste mit dem Ziel, die "Antiislamisierungskonferenz" zu verhindern. Der Kampf gegen Krieg und Rassismus ist für uns untrennbar miteinander verbunden

**Beginn/Auftakt 12:00 Uhr Lautenschlagerstraße in Stuttgart gegenüber Hauptbahnhof anschließend Demonstration durch Stuttgart Innenstadt, ca. 13:30 Uhr Abschlusskundgebung Schlossplatz, Ende gegen 15:00 Uhr**

Ich/ wir unterstützen den Aufruf zum 20. September 2008 (Mit der Bitte um inhaltliche Unterstützung ist auch die Bitte um einen Beitrag zu den Kosten, entsprechend den eigenen Möglichkeiten verbunden. Faustregel: Einzelpersonen 20 €, örtliche Gruppen 50 €, überregionale Organisationen 100 € Konto f. Organisation der Demo in Stuttgart: Sonderkonto Friedensnetz Paul Russmann, Nr. 6520706 Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70 - Zentrales Konto: Friedens- und Zukunftswerkstatt Nr. 200081390 Frankfurter Sparkasse BLZ 50050201



## Interview mit Karin Binder

**T.M.:** Vielen Dank, dass Du zum Sommerfest der Linken nach Esslingen gekommen bist. Am 1. September ist der Antikriegstag und am 20. September 2008 findet die große Afghanistan-demonstration in Berlin und Stuttgart statt. Wieder werden viele Menschen zu diesen Veranstaltungen gehen. Was glaubst Du, wie wird die Beteiligung und der politische Inhalt sein?

**K.B.:** Ich gehe davon aus, dass durch die aktuelle Situation in Georgien, in der Bevölkerung noch mehr Aufmerksamkeit und Interesse zum Thema Krieg und Frieden geweckt wurde. Ich denke auch, dass das Thema Afghanistan mit den täglichen Nachrichten von Selbstmordattentaten, den vielen zivilen Toten aber auch nach den letzten Ereignissen, den Menschen bewusst wird, dass noch mehr Deutsche Soldaten im Sarg nach Hause kommen werden. Es zeigt sich immer mehr wie arg eigentlich die afghanische Zivilbevölkerung zu leiden hat. Den Menschen wird deutlich dass Krieg kein Mittel ist. Dieses Problem kann man auf viele Krisenherde dieser Welt übertragen – Afghanistan ist hier nur ein Beispiel.

**T.M.:** Glaubst Du, dass in Hinblick auf die kommenden Bundestags- und Kommunalwahlen Krieg und Frieden wieder ein größeres Thema sein wird?

**K.B.:** Es müsste ein großes Thema sein, da das Thema Krieg und Frieden letztendlich über die soziale Lage und die soziale Situation der Menschen - auch in Deutschland - entscheidet. Wenn wir Geld für Krieg ausgeben fehlt dieses Geld in sozialen Belangen. Ich denke es ist allemal besser der Bevölkerung klarzumachen, dass dieses Geld, welches für Krieg ausgegeben wird, auch in diesen anderen Ländern für humane Dinge, egal ob für Schulhäuser, Krankenhäuser, Ausbildung oder Infrastruktur, fehlt. Mit weit aus weniger Mitteln könnten entsprechende Erfolge erzielt werden. Das Geld könnte dann auch in Deutschland dazu beitragen die soziale Situation zu verbessern.

**T.M.:** Kannst Du dir vorstellen, dass bei einer Rot/Rot Konstellation in den Parlamenten linke Abgeordnete dann doch für den Afghanistaneinsatz stimmen würden?

**K.B.:** Ich kann mir nicht vorstellen, dass in unserer Fraktion jemand für den Afghanistaneinsatz stimmen würde. Ich habe auch das Gefühl, das innerhalb der SPD und bei den Grünen der Widerstand und die Anzahl der Kritiker wächst und das sich mehr Abgeordnete dieser Fraktionen gegen den Einsatz der Bundeswehr wenden und dagegen stimmen werden. Ich würde es mir zu mindestens wünschen und ich sehe eine gewisse Chance dass diese Anzahl der Abgeordneten größer wird.

**T.M.:** Die afghanische Abgeordnete Malalai Joya machte Anfang des Jahres, nach der Verleihung des Menschenrechtspreises durch „Cinema for Peace“, auf Einladung der Linksfraktion im Bundestag, eine Städtetour durch Deutschland. Unterstützt die Linksfraktion auch weiterhin kritische afghanische Politiker und Politikerinnen?

**K.B.:** Ich denke diese Unterstützung wird nach wie vor geleistet und ich wüsste nicht was sich daran ändern sollte. Menschen die sich gegen die Besetzung und die Missstände in Afghanistan aussprechen und versuchen international Unterstützung zu finden werden auch unsere Unterstützung haben.

**T.M.:** Nächstes Jahr findet der Jubiläumsgipfel „60 Jahre Nato“ statt. Im September dieses Jahres findet auch das Europäische Sozialforum 2008 in Malmö statt, wo sich verschiedene Gruppierungen zu diesem Thema treffen. Wird sich Die Linke daran beteiligen?

**K.M.:** Ich unterstelle, dass wir daran beteiligt sind, ich bin zwar keine verteidigungspolitische und auch keine außenpolitische Politikerin aber ich gehe davon aus dass wir spätestens in unserer Fraktionsklausur von den entsprechenden Fachleuten etwas dazu hören und informiert werden und das wir uns dann als Die Linke auch an entsprechenden Protesten beteiligen.

**Das Interview wurde am 30.08.2008 von Thomas Mitsch geführt. Karin Binder ist frauenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag**

## Um Stimmen betteln!

Wieder musste ein deutscher Soldat in Afghanistan sein Leben lassen. Für seine

Kameraden und seine Angehörigen wird das übliche Theater unserer Politiker bei solchen Anlässen ein schwacher Trost sein. Immerhin wird solch ein Ereignis in Deutschland noch zur Kenntnis genommen. Die bislang nach Schätzungen des ARD Korrespondenten Christoph R. Hörstel, eines ausgewiesenen Kenners der dortigen Verhältnisse, durch den Militäreinsatz in Afghanistan umgekomenen Zivilisten beläuft sich auf ca. 20000. Erst vor einigen Tagen starben bei einem US-Luftangriff wieder 90 Zivilisten, davon 20 Kinder. Als Reaktion wurde allenfalls ein Achselzucken der Militärs berichtet. Dass ein Verteidigungsminister Jung auch diesen Angriff als „hinterhältig und feige“ gebrandmarkt hätte oder von der „Entrüstung“ einer Frau Merkel war nicht zu lesen. Durch diese Art der Kriegführung hat es der Westen geschafft, dass zwei Drittel der Afghanen jetzt auf Seiten der Taliban stehen. Keinem Afghanen kann nach diesen Demonstrationen abgrundtiefer Verachtung der Zivilbevölkerung klar gemacht werden, dass die westliche Allianz die „Guten“ sind. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass der NATO Militäreinsatz bislang 85 Milliarden US Dollar gekostet hat, für zivile Aufbaumaßnahmen dagegen nur 7,5 Milliarden ausgegeben wurden so ist wohl klar, dass es der Allianz weder um die Befreiung der afghanischen Frauen, den Aufbau von Schulen und ähnliche begrüßenswerte Dinge geht. Volksverdummung ist es, wenn uns suggeriert wird, unsere Freiheit würde in Afghanistan verteidigt werden. Wenn tatsächlich jemand unsere Freiheit beschneiden wollte, so wird er sicher in Afghanistan unter den Freunden und Angehörigen ermordeter Zivilisten jeden Tag mehr begeisterte Anhänger finden. Nach wie vor wird der Krieg deshalb geführt, weil die USA seit 30 Jahren eine Doppelpipeline durch Afghanistan führen wollen, um zentralasiatische Öl- und Gasvorräte auszubeuten. Außerdem sind die Beryllium Vorkommen für die US-Flugzeugindustrie interessant. Als Bürger dieses Landes bleibt uns nur übrig die Kriegsbeifürworter aus CDU, SPD, FDP und Grünen zu stellen und ihnen deutlich zu machen, dass sie am Tod deutscher Soldaten und unzähliger Afghanen mit schuldig sind – besonders wenn sie im nächsten Jahr wieder um unsere Stimmen betteln!

**Jochen Findeisen ATTAC Nürtingen**



## **ATTAC Deutschland: Dem Frieden eine Chance. Truppen raus aus Afghanistan**

### **Deutschland im Krieg**

Das Schlachtfeld Afghanistan ist Tausende Kilometer von uns entfernt. Die Bundeswehr ist in diesem Krieg mit zwei Mandaten dabei. ISAF und OEF.

Ab Sommer 2008 wird erstmals ein offensiver Kampfverband, genannt schnelle Eingreiftruppe (Quick Reaction Force - QRF) mit 250 Soldaten das deutsche Kontingent verstärken. Zur Zeit ist die Bundeswehr in Kabul sowie in Kundus und Masar-i-Scharif im Norden stationiert. Für Notfälle im Süden Afghanistans gibt es schon seit 2005 ein Mandat. Eine genaue Definition dieser „Nothilfe“ gibt es nicht. Die stets betonte Trennung der beiden Missionen OEF und ISAF ist graue Theorie. Beide arbeiten eng zusammen, seit 2006 sogar unter gemeinsamem Oberkommando. Die deutschen Tornados liefern Aufklärung und damit auch Zielkoordinaten für Bombardierungen und Kampfeinsätze. Durch die enge Verbindung von zivilen Organisationen mit militärischen Strukturen werden zivile Akteure häufig zu Anschlagszielen. Allein im Frühjahr 2008 sind innerhalb von 4 Wochen im Norden Afghanistans 80 Mitarbeiter von Hilfsorganisationen ums Leben gekommen.

Die weitere Aufstockung der deutschen Truppen und eine Ausweitung ihrer Aufgaben werden von der NATO-Führung gefordert und von der Bundesregierung geplant. Der Bundestag will im Herbst 2008 über die Verlängerung der Mandate entscheiden. Um eine möglichst breite Zustimmung durchzusetzen, sollen die Mandate zusammengelegt werden. Außerdem ist eine Verlängerung des Mandats von 12 auf 18 Monate geplant. 64 Prozent der Bundesbürger wollen ein Ende des Bundeswehreininsatzes ( Infratest 2007). Gegen Kampfeinsätze sprachen sich 2008 sogar 86% der Deutschen aus.

### **Versprochen – gebrochen**

Frieden und Stabilität: Auf Grund der enorm verschlechterten Sicherheitslage nimmt die afghanische Bevölkerung das fremde Militär immer stärker als Besatzer wahr. Das gilt inzwischen auch für den Norden des Landes und Kabul. Auch jenseits der Grenze zu Afghanistan, in den Stammesgebieten Pakistans, breiten sich die kriegerischen Handlungen immer weiter aus. Demokratie: Die mit Wahl-

fälschung und Stimmenkauf ins Amt gehobene korrupte Regierung Karsai hat lediglich in Kabul Einfluss. Sie kann sich nur mit NATO-Hilfe an der Macht halten. Außerhalb Kabuls herrschen Warlords, Taliban und Drogenbarone oft in Kooperation mit den ISAF-Truppen. Eine souveräne oder gar demokratische Entwicklung ist unter Besatzungsbedingungen nicht zu erwarten. Wiederaufbau: Der Wiederaufbau, zu dessen Schutz die NATO angeblich im Land ist, geht an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei. Die Aufträge gehen hauptsächlich an ausländische Unternehmen. In Kabul funktionieren in den einfachen Vierteln weder Strom- noch Wasserversorgung. Viele Menschen hungern.

### **Unterbindung der Drogenproduktion**

Nach dem Sturz der Taliban hat sich Afghanistan schnell wieder zum wichtigsten Opiumproduzenten entwickelt: Es erzeugt über 90 Prozent der Weltermte. Auf Grund billiger Nahrungsmittelimporte gibt es für die Bauern kaum wirtschaftliche Alternativen. Nach Einschätzung der Weltbank könnte mit einem Bruchteil der Militärausgaben (etwa 2 Mrd. Dollar) der Drogenanbau nachhaltig beendet werden.

### **Rechte der Frauen**

Trotz medienwirksamer Berichte sind Frauen weiterhin von elementaren Rechten ausgeschlossen. Die Zahl der Analphabetinnen wird auf über 80 Prozent geschätzt. Wegen der prekären Sicherheitslage wagen sich Frauen kaum aus den Häusern. Frauen werden weiterhin zwangsverheiratet. Die Burka als Zeichen der Diskriminierung und Unfreiheit verhüllt weiterhin das Gesicht der Frauen. Die Selbstmordrate unter Frauen ist so hoch wie nie zuvor.

### **Worum geht es tatsächlich in Afghanistan?**

Die NATO ist ein weltweit einsetzbares hegemoniales Militärbündnis unter Führung der USA. Die NATO-Strategie zielt darauf ab, dauerhafte Militärpräsenz in Zentralasien zu etablieren. Damit soll die gesamte Region strategisch unter Kontrolle gehalten werden. Ein Blick auf die Landkarte zeigt: Afghanistan ist von großer Bedeutung für die Rohstoffströme aus der zentralasiatischen Region. Unter Umgehung Russlands und des Irans sollen Energietransportwege gesichert werden. Über den Bau von Pipelines hin zum Indischen Ozean wurde bereits vor dem

Krieg mit den Taliban verhandelt, zuletzt ergebnislos im Jahr 2000(!) in Berlin. Krieg und Besatzung in Afghanistan und im Irak gehören zum Projekt der Neuordnung der Welt.

Der Bundeswehreininsatz in Afghanistan verdeutlicht den neuen globalen Machtanspruch Deutschlands. Die verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr orientieren auf „ungehinderten Zugang zu den Märkten und Rohstoffen in aller Welt“. Schritt für Schritt werden unter dem Deckmantel von „Demokratie“ und „Hilfe“ Kriegseinsätze zur Normalität.

**Wir sagen: Mit militärischen Mitteln lässt sich kein Frieden schaffen. Ohne Selbstbestimmung gibt es keine Demokratie. Wir fordern: Militär raus aus Afghanistan und Schluss mit der Besatzung!**

**Zivile Hilfe für das geschundene Land statt Militärintervention!**

### **Der NATO-Krieg in Afghanistan**

Seit 2001 wütet der NATO-Krieg in Afghanistan. Heute (Frühjahr 2008) sind mindestens 60.000 Soldaten aus 37 Ländern unter Führung der US-Armee in Afghanistan im Einsatz, mehr als doppelt so viel wie Anfang 2006.

Die NATO ist mit ihrer Strategie gescheitert. Ihre angeblichen Ziele wie „Terrorismusbekämpfung“ und „Sicherheit - Demokratie“ wurden nicht erreicht.

Der sogenannte „Krieg gegen den Terror“ hat Terrorismus nicht beseitigt, sondern die humanitäre Situation und die Sicherheitslage drastisch verschlechtert. 12.775 belegte Luftunterstützungseinsätze gab es 2007 im Rahmen der OEF/ISAF-Operationen. Davon waren knapp 3.000 schwere Bombeneinsätze. Die US-Truppen bringen Splitterbomben und abgereichertes Uran zum Einsatz mit unkontrollierbaren radioaktiven und toxischen Wirkungen für Menschen, Tiere und die Umwelt. Tausende Zivilisten wurden getötet, mehr als 100.000 Menschen verloren ihr Zuhause und sind auf der Flucht. Die Angriffe auf ausländische Soldaten nehmen permanent zu. Bis März 2008 gab es unter diesen 776 Tote, darunter 26 Deutsche.

Für den Militäreinsatz der NATO-Staaten wurden bisher ca. 85 Mrd. Dollar ausgegeben, der zivile Aufbau wurde dagegen nur mit 7,5 Mrd. US-Dollar unterstützt.



## NATO-Jubiläumsgipfel 2009 in Kehl (Deutschland) und Straßburg (Frankreich): 60 Jahre NATO sind 60 Jahre zu viel

### Gemeinsame Erklärung zur Vorbereitung eines Gegengipfels der Friedensbewegung

Mit einem "Doppelgipfel" in Kehl und Straßburg will die NATO im Frühjahr 2009 auf der deutschen und französischen Seite des Rheins ihr 60. Jubiläum feiern. So lautet der Beschluss der 26 Staats- und Regierungschefs beim Gipfeltreffen Anfang April 2008 in Bukarest.



Die Friedensbewegung wird aus Anlass des Jubiläumsgipfels mit vielfältigen Aktionen der Information, mit Veranstaltungen und Demonstrationen, mit einem Gegengipfel für eine friedliche und gerechte Welt ohne NATO werben.

Am 4. April 1949 war der Vertrag zur Gründung der NATO von zwölf Staaten unterzeichnet worden. Deutschland war 1955 als 15. Mitglied der NATO beigetreten. Frankreich hatte die militärischen Strukturen der NATO 1966 verlassen.

Mit der Durchführung des Gipfels in Europa soll zum einen die Absicht des französischen Präsidenten Sarkozy honoriert werden, die französische Armee wieder in die militärischen Strukturen der NATO einzubringen. Zum anderen ist Straßburg Sitz des Europäischen Parlaments. Mit dem Gipfelereignis soll auch die Transformation einer zivilen Europäischen Union in ein Militär-bündnis gewürdigt werden, das fest an der Seite der USA und der NATO steht. Mit dem Vertrag von Lissabon hat sich die Europäische Union inzwischen eine kontinuierliche Aufrüstungsverpflichtung auferlegt.

In Frankreich gibt es wenig Zustimmung für Sarkozys demonstrativen Schulterchluss mit den USA und der NATO. In Deutschland wächst die Skepsis gegenüber militärischer Aufrüstung. Die NATO ist nach der Auflösung des Warschauer Paktes und dem Ende der europäischen Bipolarität zu einem historischen Anachronismus geworden. Zur

Verteidigung wird sie nicht mehr gebraucht, weil ihr der Gegner abhanden

gekommen ist. Was ihr bleibt und was sie vorantreibt, ist ihre territoriale Ausdehnung bis an die Grenzen Russlands und den pazifischen Raum sowie die Ausweitung ihrer militärischen "Zuständigkeit" weit über die ursprünglichen, im NATO-Vertrag definierten Grenzen hinaus.

Die NATO wandelt sich zügig weiter in ein weltweites Interventionsbündnis, wofür beim jüngsten Gipfel in Bukarest weitere Weichenstellungen vorgenommen wurden. Der sogenannte "Raketenschirm" der USA aus einer Radaranlage in Tschechien und zehn Abfangraketen in Polen wurde unter Dach und Fach gebracht. Diese angeblich gegen eine Bedrohung aus Iran gerichtete Rüstungsmaßnahme brüskiert Russland.

Dies umso mehr, als Kroatien und Albanien in die NATO aufgenommen wurden und der Beitritt der Ukraine und Georgiens lediglich zeitlich verzögert wurde. Die Beteuerungen des Westens, mit Russland auf der Basis gleichberechtigter und partnerschaftlicher Beziehungen koexistieren zu wollen, sind unglaublich. Denn durch die Erweiterung wird der NATO-Ring um Russlands Westen immer enger. Eine neue Aufrüstungsrunde droht. Die Militärausgaben haben weltweit eine neue Rekordhöhe erreicht.

Schon heute tätigen die NATO-Staaten rund 70 Prozent der weltweiten Militärausgaben. Mit nur einem geringen Teil der hier verschwendeten Gelder ließe sich ein wesentlicher Beitrag zur Errichtung einer friedlichen und gerechten Welt leisten. Die NATO ist also nicht nur gefährlich und überflüssig, sie ist auch teuer. Die Afghanistan-Strategie der Nato bleibt weiter auf den militärischen Sieg gerichtet. Das bedeutet die Fortsetzung des bisherigen militärischen Einsatzes mit einer unbedeutenden zivilen Komponente. Dieser Kriegslogik entspricht auch die im Abschlussdokument von Bukarest angesprochene Verbesserung der militärischen Fähigkeiten der Nato. Es geht um die zügige Realisierung einer strategischen

Überlegenheit des Westens gegenüber den potenziellen globalen Kontrahenten Russland und China.

Das im Vorfeld bekannt gewordene Strategiepapier „Towards a Grand Strategy for an Uncertain World“ propa-



### Bundesausschuss Friedensratschlag

giert die Bereitschaft zum atomaren Erstschlag und zu militärischen Interventionen. Die Autoren aus höchsten NATO-Kreisen betrachten ihr Papier als inhaltliches Angebot für ein neues Strategisches Konzept der NATO für den Gipfel 2009. Sie fordern in an Zynismus kaum zu übertreffender Weise eine „Eskalationsdominanz“ zur Sicherung der „westlichen Kultur“ und „Lebensweise“.

### Bundesausschuss Friedensratschlag

Die Gefahr eines Atomkrieges wächst laut Jahresbericht 2007/2008 des Internationalen Konversionszentrums (BICC in Bonn). Wörtlich heißt es, dass „die Vertragsparteien, die über Kernwaffen verfügen und die eigentlich einen Zeitplan für den schrittweisen Abbau ihrer Arsenale vorlegen sollten, de facto genau das Gegenteil tun - nämlich Zeitpläne für die Modernisierung ihrer Waffensysteme aufstellen“.

Der das Völkerrecht brechende NATO-Krieg gegen Jugoslawien 1999 war eine Zäsur der internationalen Politik nach dem Ende der Blockkonfrontation. Er demonstrierte den Beginn einer Epoche des offenen Einsatzes militärischer Gewalt zur Verwirklichung wirtschaftlicher und machtpolitischer Ziele, um die es auch in den Kriegen gegen Afghanistan und Irak geht. Der „Krieg gegen den Terror“ ist inzwischen selbst zum Terror geworden.

Die "Transformation der NATO" wirft eine Reihe politischer und völkerrecht-



rechtlicher Fragen auf. Ihre „Sicherheitsstrategie“ reklamiert das Recht auf "präventive" Angriffskriege gegen jeden Staat der Welt, der im dringenden Verdacht steht, den internationalen Terrorismus zu unterstützen oder Massenvernichtungswaffen herzustellen bzw. weiterzugeben. Diese Strategie droht die Welt in einen chaotischen Zustand politischer Willkür und Instabilität zu stürzen.

Völkerrechtlich bedeutet diese Strategie einen Rückfall in die Zeit vor dem Völkerbund, vor dem Kellogg-Pakt 1928 (Ächtung des Krieges) und vor der Charta der Vereinten Nationen (1945), in der den Staaten ein striktes Gewaltverbot auferlegt wurde. Ein ganzes Jahrhundert der Entwicklung eines modernen zivilisierten Völkerrechts droht umsonst gewesen zu sein.

Die Friedensbewegung setzt sich dafür ein, mit der Logik der militärischen Abschreckung, Bedrohung und Kriegsführung zu brechen. Wir wollen eine UNO, die ihren friedenspolitischen Aufgaben gerecht wird, eine zivile Europäische Union und anstelle der NATO ein internationales Sicherheitssystem. Wir wollen vorbeugende Konfliktvermeidung, um Aufrüstung und Kriege, unwürdige Lebensbedingungen, soziale Ungerechtigkeiten und Missachtung der Menschenrechte zu überwinden. Und wir wollen die Einhaltung des Völkerrechts, wie es in der Charta der Vereinten Nationen verankert ist.

Der NATO-Vertrag von 1949 ist nur noch ein Fetzen Papier. Die logische Folge der Auflösung des Warschauer Vertrags, dem einstigen Militärbündnis der osteuropäischen sozialistischen Staaten, wäre 1991 die Selbstauflösung der NATO gewesen. Heute stellt sich die Frage der Auflösung der NATO erst recht, ist sie doch selbst zu einer Bedrohung der Welt geworden. Die Friedensbewegung vertritt entschieden den Standpunkt, dass die NATO einen historischen Anachronismus darstellt. Die NATO muss aufgelöst werden.

**Berlin/Paris Juni 2008**  
**Mouvement de la paix und**  
**Bundesausschuss Friedensratschlag**

## Was will die NATO in Afghanistan und in Georgien?

Wir erinnern uns an das NATO-Gipfeltreffen von Anfang April. Dort trafen sich 3.000 Delegierte in Bukarest zur bis dato größten Zusammenkunft dieser Art in der Geschichte der NATO. Der Gipfel fasste bedeutende Beschlüsse insbesondere in den Bereichen NATO-Erweiterung, Afghanistan und US-Raketenabwehr.



Seitdem hat es in Georgien einen Krieg gegeben. Vor dem NATO-Treffen schon und auf dem Gipfel selbst hatte die Bush-Regierung gefordert, Georgien und die Ukraine in den „Membership Action Plan“ (MAP) der NATO aufzunehmen, um diese Länder der ehemaligen Sowjetunion gezielt mit Zeitplan auf die Mitgliedschaft vorzubereiten. Dies stieß auf Ablehnung bei zehn NATO-Ländern, darunter Deutschland, Frankreich, die Beneluxstaaten, Italien und Ungarn. Sie stimmten gegen die MAP-Aufnahme. „Es hieß, die Aufnahme dieser Länder sei verfrüht, denn 70 Prozent der Ukrainer lehnten einen NATO-Beitritt ab und bei Georgien seien die Konflikte mit Abchasien und Südossetien problematisch.“ Aber der Gipfel einigte sich im Kommuniqué auf die Formulierung: „Wir kamen heute überein, dass diese Länder NATO-Mitglieder werden.“ Das ist als Garantiezusage zu verstehen. Nur der Zeitrahmen ist unbestimmt. Festgelegt wurde, dass die NATO-Außenminister im Dezember erneut die Voraussetzungen für ihre Aufnahme in den MAP prüfen sollen und sie „sind befugt, über die MAP-Anträge der Ukraine und Georgiens zu entscheiden“. Nur, solange die Frage der abtrünnigen Gebiete Südossetien und Abchasien ungelöst bleibt, ist die Aufnahme Georgiens in die NATO nicht möglich.

Georgische Truppen griffen in der Nacht auf den 08. Aug. 2008 mit Artillerie und Mehrfachraketenwerfern die südossetische Hauptstadt Zchinwali und andere Ortschaften an und besetzten sie. Ein Ü-

berfall. Die Neue Zürcher Zeitung (NZZ) interviewte eine Beobachterin von Human Rights Watch, die danach in Südossetien war. Sie sagt über die Hauptstadt: „Es gibt Gegenden, wo die Beschießungen auf von Zivilisten bewohnte Quartiere eindeutig von georgischer Seite ausgingen und zwar in der Nacht auf den 8. August.“ Und Streubomben seien auch von georgischer Seite in Zchinwali eingesetzt worden. Auch deshalb, weil derselbe Vorwurf von Human Rights Watch gegenüber Russland erhoben wird. Sie gibt die Zahl von 133 getöteten Zivilisten in Südossetien an. Eine Zahl, die von Moskauer Behörden stamme.

Militärisch wären die Georgier den Südossetien überlegen, jedoch gegen die russische Schutzmacht machtlos. Das sollte den georgischen Angreifern von Anfang an klar gewesen sein. Russland schlug heftig zurück und bombardierte militärisch relevante Anlagen im georgischen Hinterland und besetzte strategisch wichtige Orte in Georgien. Das georgische Militär musste aus Südossetien abziehen.

Die Frage ist: Warum hat der georgische Präsident Saakaschwili diesen Angriff befohlen? Hier in den Medien wird er als Hitzkopf und Hasardeur (Schröder) beschrieben. Wird das Problem zurecht auf Psychologie reduziert? Ich glaube nicht. Hier findet kalkulierte Geopolitik statt.

Georgien ist zwar arm an Rohstoffen, aber die Geographie des Landes macht es zu einem Korridor für den Öl- und Gasreichtum der kaspischen Region. Im Juli 2006 wurde die Baku-Tbilisi-Ceyhan-Erdölpipeline (BTC) eröffnet. Mit 4 Mrd. Dollar ist sie die kostspieligste, die jemals gebaut wurde. Sie dient dazu, aserbaidjanisches Erdöl durch Georgien hindurch ans Mittelmeer zu pumpen. Russland und der Iran wurden damit bewusst umgangen. BP hält einen Anteil von 30 Prozent, die aserbaidjanische Staatsgesellschaft Socar 25 Prozent. Zudem sind Chevron, Conoco Phillips, Statoil Hydro, Eni und Total an der Leitung beteiligt. Bis auf Socar alles Ölgesellschaften aus NATO-Staaten. Ihre Kapazität ist 1 Mio. Barrel täglich, was einem Prozent der weltweiten Förderung entspricht. Die Leitung soll künftig kasachisches Öl befördern und zu einer Kapazität von 1,8



Mio. Barrel ausgebaut werden. Parallel verläuft eine Erdgaspipeline, die auch von BP betrieben wird. Soviel zur geopolitischen Bedeutung Georgiens.



Die Frage ist, ob die georgische Regierung einen Angriff unabgesprochen mit den USA vom Zaune gebrochen hat? Ich denke, nein. Es gibt sehr enge Beziehungen zwischen den Führungen der USA und Georgiens. Die USA bilden seit 2002 die georgische Armee aus, liefern wie Israel Waffen und haben erst im Juli mit 1000 Soldaten ein Manöver bei Tbilissi abgehalten (Name: Prompte Antwort). Es fand sich sogar ein Indiz dafür, dass die US-Regierung vorab informiert war. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) schreibt: „Die Sprecherin des Weißen Hauses, Dana Perino, wollte Berichte, dass Washington von dem geplanten Einsatz georgischer Truppen vorab informiert worden sei, weder bestätigen noch dementieren. Möglicherweise sei es so gewesen.“ Ein Dementi klingt eben anders. Eine Verurteilung des georgischen Vorgehens durch Bush sucht man ebenfalls vergebens. Verurteilt wurde jedoch die russische Reaktion als „unverhältnismäßig“ (Merkel und EU) oder Konsequenzen wurden angedroht (Cheney).

Darum ging es den US-Strategen offensichtlich: Russland als grobschlächtig und brutal zu entlarven und vorzuführen. Willfährig wurden in den Medien georgische Märchen aufgenommen, die Russland unterstellten, sie wollten Georgien okkupieren. Georgische Hilferufe nach NATO-Unterstützung wurden laut. Die Invasion des Warschauer Pakts in der Tschechoslowakei vor 40 Jahren wurde bemüht, um einen russischen Imperialismus zu brandmarken. Der Leitartikel

der FAZ vom 20.8. brachte es auf den Punkt: „Der 21. August 1968 liegt uns heute, zwei Wochen nach dem Beginn der russischen Aggression gegen Georgien, näher als vor 10 Jahren.“ Die georgische Aggression wurde in eine russische umgedichtet.

Wer nun dachte, der NATO-Beitritt Georgiens sei in weite Ferne gerückt, sieht sich getäuscht. Das Gegenteil scheint der Fall: „Die NATO-Außenminister beschlossen insbesondere, eine Nato-Georgien-Kommission zu gründen, um den Prozess der Annäherung des Landes an das Bündnis zu begleiten.“ Nach dem Motto: Die NATO muss künftig Georgien vor russischen Übergriffen schützen. Und auch in der Ukraine wird der Georgien-Krieg so genutzt. Die NZZ schreibt am 22.8.:

„Juschtschenko [...] erklärte [...] der dortige Konflikt habe gezeigt, dass die Ukraine den Schutz einer kollektiven Sicherheitsorganisation brauche, um die eigene Unabhängigkeit garantieren zu können. Indirekt war dies ein neuerliches klares Votum für seine Absicht, die Ukraine zur Nato-Mitgliedschaft zu führen“, so das Schweizer Blatt.

Das georgische Vorgehen hatte einen weiteren bedeutsamen Effekt: die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen den USA und Polen über die Stationierung von 10 Raketenabwehrsystemen in Nordpolen. Das scheiterte bis kurz vor der georgischen Aggression daran, dass sich die USA weigerten, Polens Wunsch nach Patriot-Luftabwehrraketen und Finanzunterstützung entgegen zukommen. Polen hat sich nun mit dem Verweis auf aggressives russisches Gebaren durchgesetzt. Diese leicht kostspieligere Kröte konnte Bush leicht schlucken.

Russland hat die Zusammenarbeit im NATO-Russland-Rat eingestellt. Neben turnusmäßig vereinbarten Treffen betrifft das Lehrgänge und gemeinsame „Übungen zum Such- und Rettungsdienst, zur Logistik oder Flugkörperabwehr“. Das stellt jedoch aus meiner Sicht keinen endgültigen Bruch mit der NATO dar. Die deutschen Überflugrechte zur Versorgung der ISAF-Truppen in Afghanistan über Russland bleiben in Takt. Der russische NATO-Gesandte Rogosin sagte, „dass Russland nicht an einem Ende der Kooperation in Bezug auf Afghanistan interessiert sei. Eine Niederlage der Nato in Afghanistan wäre auch für Russland nicht

positiv.“ Russland hat auch seine Mitgliedschaft in der „NATO-Partnership-for-Peace“ nicht gekündigt. Ich gehe davon aus, dass die Verstimmung zwischen der NATO und Russland von vorübergehender Natur ist.



MIM 104 Patriot Rakete beim abfeuern Foto: wikipedia

Was sollten jetzt Forderungen der Friedensbewegung sein? Die Probleme mit Russland werden verursacht durch die Expansionspolitik der NATO. Unsere Forderung muss demnach sein: Die NATO soll auf ihre Erweiterung verzichten und sich zu Verhandlungen mit Russland über dessen Wunsch nach einem Europäischen Sicherheitsvertrag bereit finden.

Damit sind wir bei der Frage, weshalb betreibt die NATO ihre Osterweiterung überhaupt? Darauf gibt das Buch von Zbigniew Brzezinski „Die einzige Weltmacht“. Antwort: Den USA geht es schlicht und ergreifend um die globale Vorherrschaft. So heißt auch der Untertitel des Buches: „Amerikas Strategie der Vorherrschaft“. (Zur Person: Brzezinski war zu Zeiten Jimmy Carters dessen Nationaler Sicherheitsberater, heute ist er Chef des außenpolitischen Beraterstabs von Barack Obama.) Die NATO bietet den USA den Brückenkopf nach Europa und darüber hinaus. Russland soll durch Druck und wirtschaftliche Kooperation gefügig gemacht werden. Es geht den USA um die Vorherrschaft über Eurasien, zudem auch der Nahe und Mittlere Osten zählt. In Eurasien lagern 80 Prozent des Erdöls und 75 Prozent des Erdgases und es leben



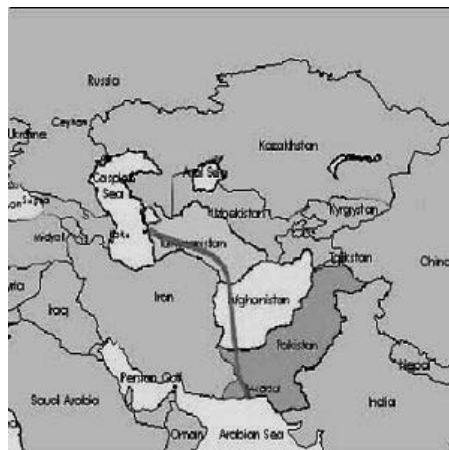
dort zwei Drittel der Menschheit. Nur unter diesem geostrategischen Aspekt wird der Krieg gegen den Irak, der die USA bisher direkt die riesige Summe von über 500 Mrd. Dollar kostete, begreifbar, wie der US-geführte NATO-Krieg gegen Afghanistan, der die USA bisher 150 Mrd. US-Dollar kostete. Diese Kosten werden sich noch vervielfachen, wenn die NATO, wie in Bukarest beschlossen, noch lange in Afghanistan bleibt. Minister Jung geht von 5 bis 10 Jahren aus - „und zwar auch bei einem erfolgreichen Aufbau der afghanischen Armee und Polizei.“ Welche Erfolgsaussichten das hat, darauf gehe ich gleich noch ein.



Grafik: zeus.zeit.de

Zunächst noch mal zur geostrategischen Bedeutung Afghanistans: Wir wissen noch von dem Bemühen des US-Konzerns Unocal, eine Pipeline durch Afghanistan zu verlegen. Dazu findet sich in dem eben erwähnten Buch von Brzezinski, das er bereits 1997 geschrieben hat, eine bemerkenswerte Skizze, in der die „Unocal Pipeline“ als „geplante Pipeline“, ausgehend von der usbekisch-turkmenischen Grenze (bei Chardzou) südlich verläuft, an Herat vorbei, durch die Provinz Helmand und an der pakistanischen Küste am Arabischen Meer endet. Also Afghanistan ist interessant als Pipelinekorridor - wie Georgien. Aber Afghanistan ist auch interessant wegen anderer Eigenschaften seiner geographischen Lage. Afghanistan grenzt an Pakistan und Iran. Nicht weit nördlich davon liegt Russland, nicht weit östlich China und Indien und westlich der Persische Golf. Also die Nähe zu nahezu der Hälfte der Menschheit und zu zwei Dritteln der Öl- und Gasvorräte. Afghanistan eignet sich inmitten dieser weltpolitisch wichtigsten Region gelegen, deshalb vor allem zum unsinkbaren Flugzeugträger und als Stationierungsort für Radaranlagen und Raketenabschuss-

rampen. Nun zur Frage, wie aussichtsreich ist ein NATO-Sieg in Afghanistan?



Grafik: Radio Utopie – geplante pipeline

Die USA glaubten schon 2002, dass sie den militärischen Widerstand besiegt hatten und reduzierten ihre Truppen von Anfangs 28.000 auf 8.500 im November 2002. Jedoch verstärkte sich der afghanische Widerstand seit Anfang 2003 und die NATO übernahm im August 2003 das Kommando von der UNO. Die Zahl der NATO-Soldaten wurde seitdem kontinuierlich hochgefahren. Waren es im letzten Jahr im Juni schon 35.000, so sind es derzeit bereits 52.700 aus 40 Ländern. Dazu kommen 12.300 US-Truppen der Operation Enduring Freedom (OEF), so dass zurzeit 65.000 ausländische Truppen in Afghanistan stehen, davon 36.000 aus den USA. Warum diese Zahlen? Aus zwei Gründen:

### Erstens:

Der US-Think-Tank Rand Corporation hat berechnet, dass eine Besatzungsmacht pro 1.000 Einwohner mindestens 11,5 Soldaten und Polizisten einsetzen muss, um eine „robuste Friedenssicherung und Staatsbildung“ zu gewährleisten. Das bedeutet für Afghanistan 365.000 Soldaten und Polizisten. Nun muss man die afghanische Armee noch berücksichtigen: Die Afghanische Armee (ANA) zählt auf dem Papier 70.000 Soldaten - real sind von 105 Einheiten jedoch nur 2 komplett einsatzfähig, 38 nur mit ausländischer Hilfe. Lothar Rühl, ehemaliger Staatsminister im Bundesverteidigungsministerium, gibt folglich die verfügbare Soldatenzahl der ANA mit 16.000 an. D.h. addiert: 81.000 Soldaten stehen dem militärischen Widerstand entgegen. Die afghanische Polizei, 70.000 auf dem Papier, ist für Widerstandsbekämpfung ungeeignet. Rechnerisch bleibt es also bei der riesigen Differenz von 284.000

(365.000 minus 81.000). Augenscheinlich ist man bestrebt, diese Lücke zu schließen. Von 10.000 bis 15.000 weiteren US-Soldaten bis Herbst ist die Rede. Britanniens Premier Brown schlug vor, die Truppenzahl der ANA auf 120.000 zu verdoppeln.

### Zweitens:

Zur Frage, warum diese Zahlen? Weil man historische Erfahrungen hat und bereits die von der RAND Corporation berechneten Soldatenzahlen in Afghanistan im Einsatz hatte. Nämlich während der sowjetischen Invasion 1979 bis 1989. Die Sowjetunion hatte 120.000 Soldaten im Land und zudem eine afghanische Armee aufgebaut. Sie zählte 1979 noch 87.000 Soldaten, zehn Jahre später, 1989, waren es sogar 330.000, also zusammen mit der Roten Armee 450.000. D.h. mehr als von RAND berechnet. Die Sowjetunion hat den Krieg nicht gewinnen können. Den Engländern ging es bekanntlich zuvor in der langen Geschichte schon zweimal so. Diese Logik besagt, dass ein militärischer Sieg nicht möglich ist, ein Abzug somit ohnehin notwendig wird - das besser früher als später. Unglücklicherweise wird der entgegsetzte Weg eingeschlagen. Durch die Erhöhung der Zahl der ausländischen Soldaten erhöht sich der Blutzoll. Human Rights Watch schätzte die durch Kampfhandlungen und Anschläge Getöteten in Jahr 2006 auf 4400, davon 1.000 Zivilisten. 2007 wurden bereits 8.000 Tote gezählt, davon 1500 zivile Tote. Offizielle Zahlen gehen von einer Steigerung der Zwischenfälle gegenüber 2007 um 40 Prozent aus. Und „dieser Trend wird sich nach einem Urteil des Berliner Verteidigungsministeriums 2009 fortsetzen.“ Also sehenden Auges hinein in die Katastrophe. Deutschland beteiligt sich daran sehr intensiv. Es stellt mit derzeit 3280 Soldaten in Afghanistan das drittgrößte Kontingent.

Ich will abschließend zu zwei, möglicherweise drei Komponenten des deutschen ISAF-Einsatzes etwas sagen:

**Erstens:** Zum Einsatz deutscher Aufklärungs-Tornados: Der Luftwaffeneinsatz der ISAF wird „von der US-Kommandozentrale in Katar gesteuert.“ Die Leitung dort haben die USA. Der Spiegel schreibt: „Und die (Kommandozentrale, L.H.) unterscheidet nicht zwischen ISAF, OEF oder anderen Einheiten. NATO Militärs gehen deshalb davon aus, dass



Katar auf alle Aufklärungsergebnisse Zugriff hat - und damit auch auf die deutschen Fotos." Also: Die deutschen Tornados unterstützen direkt US-amerikanische Luftangriffe und sorgen damit für eine Vermischung von ISAF und OEF.

**Zweitens:** zur Quick Reaction Force:

Seit dem 1. 7. 2008 hat eine deutsche Panzergrenadierkompanie die schnelle Eingreiftruppe QRF im Norden Afghanistans für ISAF übernommen. Die QRF hat „einen ausdrücklichen Kampfauftrag“, schreibt die FAZ: „Die Panzergrenadiere sind unter anderem mit Mörsern ausgestattet und können die in Mazar stehenden Schützenpanzer Marder einsetzen. Außerdem ist die Einheit mit Spezialisten verstärkt, die Kampfflugzeugen [...] Zielkoordinaten geben können,“ so das Blatt weiter. Erfahrungsgemäß fallen diesen Luftangriffen viele Unbeteiligte zum Opfer. Das wirkt konfliktverschärfend.

**Drittens:** zu AWACS:

Das ISAF-Kommando hat beim obersten alliierten Befehlshaber in Europa, dem SACEUR, einen Bedarf an AWACS-Maschinen angemeldet.



Foto: [upload.wikimedia.org](http://upload.wikimedia.org)

Der SACEUR hat noch nicht entschieden, ob er sie will. Folglich liegt noch keine offizielle Anfrage beim deutschen Verteidigungsministerium vor. Deutschland ist bei AWACS wichtig. Die 17 AWACS-Maschinen sind bei Aachen stationiert und von den 3000 Soldaten, die mit AWACS beschäftigt sind, sind 500 deutsche. Und in jeder AWACS sind Bundeswehrsoldaten dabei. Die AWACS Boeing 707 deckt am Boden mit ihrer Radarantenne eine Fläche von 300.000 km<sup>2</sup> ab. Somit reichen zwei AWACS für die Fläche Afghanistans. Zur Funktion von AWACS. AWACS „kann zur Luftaufklärung wie zur operativen Führung eigener Flugzeuge, ferner zur Zielerfassung auch am Boden und damit zur Leitung von Luft-Boden- Operationen eingesetzt werden.“ Somit ein klares

Kampfmittel. Der Bundestag müsste folglich einem AWACS-Einsatz zustimmen. Das derzeitige ISAF-Mandat der Bundeswehr läuft am 13. Oktober aus. Die Bundesregierung beabsichtigt, das Mandat um 1.000 Soldaten auf 4.500 zu erhöhen und um 14 Monate bis nach der Bundestagswahl 2009 zu verlängern.

Wir rufen dazu auf, dem nicht zuzustimmen. Wir wollen durch den Truppenabzug dem Frieden in Afghanistan eine Chance geben. Die Alternative steht: Aufstockung oder Abzug? Die Voraussetzung für Frieden in Afghanistan ist der Abzug der NATO- und US-Truppen. Dafür mobilisieren wir.

**Lühr Henken, Jahrgang 1953, ist einer der Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag**

**Soldaten in Beijing 2008**

22.08.2008  
BEIJING/BERLIN/WARENDORF

Die Bundeswehr nutzt die Olympia Medaillengewinne deutscher "Sportsoldaten" zu PR-Zwecken. Fast ein Drittel des deutschen Olympia-Kontingents in Beijing besteht aus Athleten der deutschen Armee. Das Militär ist nach eigenen Angaben der größte öffentliche Förderer des deutschen Spitzen- und Leistungssports, der vom Bundesverteidigungsministerium jährlich mit zweistelligen Millionenbeträgen finanziert wird. Die politisch-militärische Führung in Berlin misst dem Sport hohe Bedeutung für die Steigerung der physischen und psychischen Belastbarkeit von Soldaten in Kriegssituationen bei. Daneben dient vor allem die Förderung des Spitzensports der Imagepflege gegenüber Truppe und Gesellschaft. Die Sportförderung ermöglicht es der Bundeswehr, die Verzahnung militärischer Stellen mit zivilen Einrichtungen weiter voranzutreiben. Dies kommt unter anderem in der engen Kooperation des Militärs mit dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) zum Ausdruck.

**Positives Ansehen**

Den deutschen Militärsportlern hat Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung bei seinem Besuch in Beijing am vergangenen Wochenende persönlich und im Namen aller Bundeswehr-

angehörigen zu ihren Erfolgen gratuliert. Laut Angaben der Streitkräfte betonte er dabei, "dass die sportlichen Erfolge auch zum positiven Ansehen der Bundeswehr und der Bundesrepublik Deutschland im In- und Ausland beitragen". Zu diesem Zeitpunkt gingen sieben der 22 bis dahin von deutschen Athleten gewonnenen olympischen Medaillen auf das Konto von Sportlern der Bundeswehr, die Dienstränge vom Gefreiten bis zum Unteroffizier bekleiden. Ihr Anteil am Medaillenspiegel entsprach fast genau ihrem Anteil an der deutschen Olympia-Equipe: 127 von insgesamt 440 deutsch-olympiadeteilnehmern sind Militär-angehörige.



**Unersetzlich**

Das Bundesverteidigungsministerium fördert den deutschen Spitzen- und Leistungssport nach eigenen Angaben mit 25 Millionen Euro jährlich; für die kommenden Jahre ist eine Aufstockung dieser Summe um 3,4 Millionen Euro geplant. Finanziert werden damit 700 Dienststellen für "Sportsoldaten", die in 16 über die Bundesrepublik verteilten "Sportfördergruppen" erfasst werden. Die olympischen Disziplinen stehen dabei im Vordergrund: Wer in die "Sportfördergruppen" der Bundeswehr aufgenommen wird, entscheidet vor allem der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB), an dessen "Stützpunkten" die Athleten trainieren. Mit Blick auf die Olympiade in Beijing bezeichnete DOSB Präsident Thomas Bach die Bundeswehr kürzlich als "unersetzliche(n) Teil der Mannschaft".

**Sensomotorische Funktionen**

Die Sportförderung dient der Bundeswehr nicht nur zur Imagepflege im In- und Ausland und zur Erhöhung der eigenen Attraktivität wehrpflichtige Leistungssportler können ihren Dienst bei einer der "Sportfördergruppen" ableisten. Sie hat auch unmittelbare militärische Bedeutung. Laut der zentralen Dienstsver-



schrift (ZDV) 3/10 der deutschen Streitkräfte ist die Sportausbildung "in ihrer pädagogischen Gesamtwirkung zu sehen" und zielt auf "den ganzen Menschen": Dieser soll zu einem "phy-sisch und psychisch leistungsfähige(n) Soldat(en)" geformt werden, der körper-lichen "Belastungen" ebenso gewachsen ist wie "Gefühlsregungen oder Stress". Systematisch eingeübt wird die "exakte Koordination zwischen Muskel- und Ner-ventätigkeit" in Verbindung mit einer "hohen Wahrnehmungsleistung": "Da der Soldat in einer hochtechnisierten Armee immer mehr zum Bediener technischer Systeme wird, müssen gerade an seine sensomotorischen Funktionen (...) besondere Anforderungen gestellt werden."

## Weit in den zivilen Bereich

Daneben ermöglicht es die Sportförderung dem Militär, "weit in den zivilen Bereich hinein zu wirken", heißt es in einer Selbstdarstellung der Streitkräfte. Insgesamt verfügt die Bundeswehr über mehr als 600 Sportplätze und Sporthallen sowie über rund 50 Schwimmhallen, die in Kooperation mit dem DOSB und anderen Sportverbänden genutzt werden. Allein die 1957 unter dem Kommando des vormaligen NS-Generals und Kriegsverbrechers Max Josef Pemsel gegründete "Sportschule der Bundeswehr" in Sonthofen (Bayern) und Warendorf (NRW) besitzt nach eigener Aussage "alle Anlagen und Einricht-ungen, die sie befähigt, einen reibungslosen Ausbildungs-, Trainings- und Wettkampfbetrieb" in nahezu allen Disziplinen durchzuführen. In Warendorf finden regelmäßig Deutsche Meisterscha-ften etwa im Schwimmen statt; nach Dienstschluss können Schulen und Ver-eine aus der Umgebung die Sportanlagen kostenlos nutzen. Anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Sportschule 2003 wurde sogar ein Logo entwickelt, das das Wappen Warendorfs mit dem der Militäreinrichtung vereint.

## Wehrmedizin

Gleichzeitig profitieren die Streitkräfte von der Kooperation mit zivilen Institutionen wie dem Deutschen Sportbund (DSB). Dieser überprüft jährlich 65.000 Soldaten hinsichtlich ihrer sportlichen Fähigkeiten und verleiht ihnen bei entsprechenden Ergebnissen das "Deut-sche Sportabzeichen". Es darf, wie die Bundeswehr mitteilt, als "offizieller Or-den" von allen Militärangehörigen "an der U-

niform getragen werden". Das an der Warendorfer Sportschule angesiedelte "Sportmedizinische Institut der Bundeswehr" erhielt bereits 1981 den Status eines lizenzierten Untersuchungszentrums des DSB; wie der Sanitätsdienst des deutschen Militärs mitteilt, hatte dies "eine wesentliche Erweiterung des Untersuchungsspektrums zur Folge, da nun Spitzenathleten nicht nur aus dem militärischen, sondern auch aus dem zivilen Bereich in das Untersuchungsgut einbezogen werden konnten". Auf diese Weise sei eine "Nahtstelle zwischen der zivilen und militärischen Sportmedizin und Sportwissenschaft" geschaffen worden, "die sich über die rein fachlichen Aspekte hinaus positiv für die Darstell-ung der Wehrmedizin auswirkte".

## Integration

Die von der Bundeswehr nach eigener Aussage angestrebte "gesellschaftspolitische Integration" wird zügig vorangetrieben. Neben Geheimdiensten, Polizeidienststellen, Einrichtungen des Katastrophenschutzes und dem Gesundheitswesen ist auch der Sport zum Exerzierfeld einer umfassenden "zivilmilitärischen Zusammenarbeit" geworden.

## German-Foreign-Policy.com

---

## Termine

---

### Ein anderes Europa ist möglich! Kommt zum Europäischen Sozialforum 2008 nach Malmö, Schweden

Vom 17. bis 21. September 2008 findet das Europäische Sozialforum (ESF) in Malmö, im Süden von Schweden statt. Das Forum ist mit Abstand die größte Versammlung für soziale Bewegungen und eine progressive Zivilgesellschaft in Europa, mit dem Ziel ein besseres Europa und eine bessere Welt zu schaffen. Mehr als 20.000 Menschen werden in Malmö erwartet. Während der fünf Tage werden über 200 Seminare und Workshops angeboten dazu gehören auch Kultur, Film, Musik, informelle Treffen, Akti-vismus und Demonstrationen.

### Strategien und Aktionen für ein anderes Europa

Das Europäische Sozialforum ist das regionale Gegenstück zum World Social Fo-

rum (WSF). Das Europäische Sozialforum in Malmö, Schweden ist das fünfte Treffen der grenzüberschreitenden sozialen Bewegung in Europa. Anknüpfend an den Erfolg des ersten Europäischen Sozialforum in Florenz, Italien, des zweiten ESF in Paris, Frankreich, des dritten ESF in London, England und des vierten in Athen, Griechenland wird auch dieses Forum ein für alle offener Raum der Diskussion und des Erfahrungsaus-stausches bieten - im Geist von Porto Alegre.



Denn die Stärke der sozialen Bewegung liegt unverändert in der Breite und Vielfalt der Ansätze und Perspektiven. Tausende Organisationen und Netzwerke arbeiten daran, dass ein anderes Europa möglich ist. Gewerkschaften, Migrations Netzwerke, Umwelt-Organisationen, feministische Organisationen, die globale Bewegung des Rechts, die Friedens Netzwerke, Menschenrechtsorganisationen, Akademiker, Jugendorganisationen - und viele mehr setzen sich für den Aufbau einer nachhaltigen, demokratischen Gesellschaft ein. Die Liste der Probleme ist lang, von der wachsende Ungleichheit in und zwischen den europäischen Ländern, dem Kampf gegen den Kli-mawandel, menschenwürdige Arbeits-gesetze, die öffentliche Dienstleistungen für alle, Migrantenrechte, echte euro-päische Demokratie, Gendergerech-tigkeit und das sich verändernde Europa, die globale Agenda, Krieg und Frieden.

---

### Internationale Vorbereitungs-konferenz für Anti-Nato Aktivitäten vom 04. bis 08. Oktober 2008 in Stuttgart

---

### Jubiläumsgipfel der Nato in Kehl und Straßburg vom 03. und 04. April 2008

---

## Afghanistan Großdemonstration 20. September 2008 in Stuttgart

### **Abrüstung statt Sozialabbau!**

# **MILLIONEN FÜR DEN FRIEDEN**

### **Statt Milliarden für den Krieg!**

  
**Europäisches Sozialforum vom  
17. und 21. September 2008  
in Malmö**

**Internationale  
Vorbereitungskonferenz  
für Anti-Nato Aktivitäten  
04. und 05. Oktober 2008  
in Stuttgart**

**Jubiläumsgipfel der NATO in  
Straßburg und Kehl am  
03. und 04. April 2009**

### **für die Friedensbewegung in Baden-Württemberg**

#### **Impressum**

Die Friedensblätter werden für die Friedensbewegung in Baden-Württemberg herausgegeben vom baden-württembergischen Förderverein für Frieden, Abrüstung und Internationale Zusammenarbeit e.V. (Spreuergasse 45, 70372 Stuttgart) in Zusammenarbeit mit dem Friedensnetz Baden-Württemberg.

Im Friedensnetz arbeiten u. a. folgende Friedensgruppen und -organisationen mit: Deutscher Gewerkschaftsbund Landesbezirk Baden-Württemberg, Deutscher Freidenkerverband (DFV), Deutsche Kommunistische Partei, Friedens AK Wiesloch, Friedensbüro Heilbronn, Friedensgruppe Ditzingen, Friedensgruppe Heidenheim, Friedensgruppe Reutlingen, Friedensinitiative Botnang, Friedensinitiative Bruchsal, Friedensinitiative Feuerbach, Friedensinitiative Hallschlag/Bad Cannstatt, Friedensinitiative Leonberg, Friedensinitiative Pforzheim/Enzkreis, Friedensinitiative Neckarauer Bürgerinnen und Bürger, Friedensinitiative Schorn-dorf, Friedensinitiative Waiblingen, Friedensnetz Calw, Friedensplenum Mannheim, Friedensplenum Tübingen, Horber Initiative für den Frieden, Horkheimer Friedenskreis Heilbronn, Industriegewerkschaft Metall Bezirk Stuttgart, Informationsstelle Militarisation Tübingen, Initiative für Frieden und Abrüstung Backnang, Jungsozialisten in der SPD, Karlsruher Friedensbündnis, Naturfreundejugend Baden, Ökumenische Initiative Ohne Rüstung Leben, Partei Die Linke, Baden-Württemberg, SportlerInnen für den Frieden, Stuttgarter Friedensinitiative, Touristenverein Die Naturfreunde Württemberg und Baden, Verantwortung für den Frieden Gruppe am Forschungszentrum Karlsruhe, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten. (VVN-BdA)

#### **Anschrift von Redaktion, Abo- und Anzeigenverwaltung:**

Spreuergasse 45, 70372 Stuttgart, Tel 0711-63 68 240, Fax 60 07 18, Email [friedensblaetter@friedensnetz.de](mailto:friedensblaetter@friedensnetz.de)

**Redaktion:** Thomas Mitsch (v.i.S.d.P.)

**Layout:** Thomas Mitsch

**Titelcartoon:** TiTom

Die Friedensblätter erscheinen mind. 4 mal jährlich, in der Regel ergänzt durch kurze Extra-Ausgaben zu wichtigen Anlässen. Das Jahresabo kostet EUR 14. Darüber hinaus werden Spenden dringend benötigt.

#### **Bankverbindungen:**

##### **Abos, Rechnungen, Spenden:**

Paul Russmann, Sonderkonto Friedensnetz, Kto.Nr. 65 20-706 bei der Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

**Spenden** (Spendenquittung nach Ablauf des Jahres): Bad.-Württ. Förderverein Frieden e.V., Kto.Nr. 1963 74-704 bei der Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70 oder Kto.Nr. 563 131 004 bei der Volksbank in Stuttgart BLZ 600 901 00. (Für Mitglieder und fördernde Mitglieder des Vereins ist der Bezugspreis der Friedensblätter im Beitrag enthalten.)

<http://www.friedensnetz.de>